Detailansicht des Registereintrags

Centre for Planetary Health Policy

Aktuell seit 18.11.2026 11:10:46

Denkfabrik. Das CPHP wurde von der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) gegründet und befindet sich in Rechtsträgerschaft durch KLUG (Rechtsform Eingetragener Verein).

Registernummer:	R006029
Ersteintrag:	06.06.2023
Letzte Änderung:	18.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	18.11.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Caroline-Michaelis-Straße 1 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491777599289 E-Mail-Adressen: info@cphp-berlin.de Webseiten: www.cphp-berlin.de

Hauptfinanzierungsquellen:
Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Christian Schulz**
   Funktion: Vorstand
2. **Dr. Matthias Albrecht**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Dorothea Baltruks**
2. **Teresa Hollerbach**
3. **Lena Tischler**
4. **Stefan Kohlwes**
5. **Nicole Stauf**
6. **Miriam Meschede**
7. **Marie Jung**
8. **Thurid Dikmen Bahr**
9. **Dr. Katharina Schilcher**
10. **Marai El Fassi**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Das Centre for Planetary Health Policy (CPHP) in Berlin widmet sich der Erforschung und Förderung der planetaren Gesundheit, welche die enge Verbindung zwischen menschlicher Gesundheit und der Gesundheit des Planeten betont. CPHP zielt darauf ab, wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für politische Maßnahmen zu entwickeln, die den aktuellen sozial-ökologischen Herausforderungen gerecht werden.

Arbeitsweise:
- Politikwissenschaftliche Forschung und Entwicklung evidenzbasierter Strategien: Interdisziplinäre Analyse der Forschungsliteratur zu den komplexen Herausforderungen im Feld planetare Gesundheit und Synthese evidenzbasierter politischer Strategien und Handlungsmöglichkeiten.
- Politikberatung: Beratung von Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft und Diskussion konkreter Handlungsempfehlungen zu nachhaltigen und gesundheitsfördernden Maßnahmen.
- Öffentlichkeitsarbeit und Dialogformate: Wissenschaftskommunikation zu komplexen Herausforderungen und zur Evidenz für wirksame Lösungsansätze sowie Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Ziele in der Interessenvertretung:
- Integration in alle relevanten Politikfelder: CPHP setzt sich dafür ein, dass Prinzipien der planetaren Gesundheit systematisch in alle relevanten Politikbereiche integriert werden, um eine umfassende und nachhaltige Gesundheitsstrategie zu gewährleisten (planetary health-in-all-policies), in Entsprechung zu bestehenden Ansätzen in der Förderung öffentlicher Gesundheit.
- Nachhaltige Gesundheitsversorgung: das CPHP setzt sich für politische und regulatorische Strategien und Weichenstellungen ein, die den Weg zu einem klimaneutralen, ökologisch nachhaltigen Gesundheitssystem ebnet.
- Klimaschutz- und Klimaresilienzpolitik: CPHP betont die Notwendigkeit dringender und effektiver politischer Klimaschutz- und Klimaresilienzmaßnahmen, um die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren.
- Umweltgerechtigkeit: Die Organisation setzt sich dafür ein, dass die sozioökonomisch überproportionale gesundheitliche Belastung durch Umwelteinflüsse wie Luftverschmutzung, Chemikalienbelastung oder Klimawandelfolgen, die durch aktiv bekämpft werden und ökologisch wie gesundheitlich förderliche Lebensweisen allen Menschen erleichtert wird.

Das CPHP besitzt keine eigene Rechtsform, daher werden die Aufwendungen und VZÄ für die Interessenvertretung im Profil des Rechtsträgers des CPHP ausgewiesen, der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG). Dies gilt ebenso für öffentliche Zuwendungen für Projekte, an denen Mitarbeitende des CPHP beteiligt sind.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **39. BImSchV**

   Beschreibung:
   Unterstützung der Trilog-Vereinbarung zur EU-Luftqualitätsrichtlinie (AAQD) für den Gesundheitsschutz
   Zustimmung zur Trilog-Vereinbarung zur Revision der EU-Luftqualitätsrichtlinie (AAQD)
   Implementierung strengerer Grenzwerte für Luftschadstoffe, zügige Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie in Deutschland, Deutschland soll keine Fristverlängerung beantragen

   Betroffenes geltendes Recht:
   BImSchV 39 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

2. **Nationales Emmissionsreduktionsgesetz**

Beschreibung:
Reduktion von klima- und gesundheitsschädlichen Emissionen

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 43 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

3. **Integration von Präventions- und Nachhatligkeitszielen**

Beschreibung:
Gesundheitsförderung und Prävention, wie sie im SGB V beschrieben sind, sollten stärker mit Zielen der ökologischen Nachhaltigkeit abgeglichen werden, etwa in Bezug auf Ernährungsberatung, die sowohl auf gesundheitliche Vorteile als auch auf die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks abzielen sollte. Auch die Schaffung gesunder Lebensumgebungen als Ziel des SGB XI (Pflegeversicherung) kann in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen große positive Nebeneffekte erzielen. Präventive und rehabilitative Maßnahmen und Programme auf Grundlage des Sozialgesetzbuchs sollten wo immer möglich Co-Benefits zwischen Gesundheitsförderung und Umweltschutz erzielen, indem sie mit klar definierten Anforderungen hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit verknüpft werden

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

4. **Ausgestaltung Bundesinstitut für Prävention**

Beschreibung:
Das Institut soll die Gesundheitskommunikation verbessern, Prävention stärken (insbesondere Primärprävention) und den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stärken und vernetzen. Der Referentenentwurf deckt bisher nicht die Anforderungen einer klaren Struktur und Strategie ab. Ohne eine Verfassungsänderung könnte das Institut jedoch wenig Einfluss auf die föderale Gesundheitslandschaft haben. Lösungsansätze sollten unter Einbeziehung relevanter multidisziplinärer Evidenz und Expertise und insbesondere der Einflüsse der besonderen gesundheitlichen Bedrohungen durch die Klima- und ökologischen Krisen entwickelt und mit Umsicht gegeneinander abgewogen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit
Datum des Referentenentwurfs: 13.06.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

5. **Formelle Konsultation zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel**

Beschreibung:
Ziel: Stärkung von verhältnispräventiven Maßnahmen in der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) sowie Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen zur Anpassung von Gesundheits-, Pflege- und Sozialeinrichtungen an Klimawandelfolgen.

Betroffenes geltendes Recht:
KAnG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

6. **Im Arbeitsschutz muss Klimaanpassung vollumfänglich integriert werden**

Beschreibung:
Arbeitszeitgesetz: Anpassung in Hinblick auf sich verändernde klimatische Bedingungen, insbesondere Hitze, Arbeitsschutzgesetz: Änderungen in Bezug auf klimabedingte Risiken, die sich durch den Klimawandel ändern z.B. Klimaverordnung einführen, Bundesimmissionschutzgesetz in Bezug auf Lärm durch Verlagerung der Arbeitszeiten bei Hitze (Ausweitung der Nicht-Ruhezeiten); ggf. SGB VII hinsichtlich gesetzlicher Unfallversicherung – Klimaschutz und Klimaanpassung sollten integriert werden

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

7. **Anpassung der EU-Luftqualitätsrichtlinie**

Beschreibung:
Wir fordern eine Implementierung strengerer Grenzwerte für Luftschadstoffe aus der EU Luftqualitätsrichtlinie, eine zügige Umsetzung in deutsches Recht, die Bundesregierung soll zudem keine Fristverlängerung für Deutschland beantragen (Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten in Artikel 18 um 10 Jahre). Die Bundesregierung soll ein konkretes Datum

vorschlagen, bis zu dem die Grenzwerte der Luftqualitätsrichtlinie den WHO-Leitlinien angepasst werden müssen. Luftqualitätspläne (Artikel 19, Anhang VIII) müssen als Instrument verpflichtend bleiben. Monitoring und Information der Bevölkerung müssen ausreichend sein.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 39 [alle RV hierzu]; BImSchV 43 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601070008** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

8. **Internationale Klimapolitik**

Beschreibung:
Entsprechend der Declaration on Climate and Health verpflichtet sich die Bundesregierung, Gesundheitsaspekte stärker in der internationalen Klimapolitik zu berücksichtigen. Die Einhaltung umfasst, Gesundheitsaspekten im Rahmen der einschlägigen Prozesse des Pariser Abkommens und der UNFCCC zu berücktsichtlgen aber auch Klimaaspekte in globalen Gesundheitsprogrammen zu verankern, wo dies relevant und angemessen ist. Gesundheit soll ebenso bei der Gestaltung der NDCs (National festgelegte Beiträge) unter der UNFCCC, bei langfristigen Entwicklungsstrategien für niedrige Treibhausgasemissionen, bei nationalen Anpassungsplänen zu berücksichtigen. Zudem soll die Bundesregierung mit anderen Gesundheitsministerien regelmäßig in Austausch zu all diesen Punkten treten

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. **Fortführung des Unterausschusses Globale Gesundheit**

Beschreibung:
Der Unterausschuss Globale Gesundheit wurde erstmals in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages im Rahmen des Gesundheitsausschusses eingerichtet. In der 20. Wahlperiode wurde er fortgeführt und deutlich gestärkt – als gemeinsamer Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Globale Gesundheit steht in enger Verbindung mit einer Vielzahl von Themenfeldern und Interdependenzen und ist daher für die meisten Ausschüsse des Deutschen Bundestages sowie für zahlreiche Bundesministerien von wesentlicher Relevanz. Der UA hat bislang einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung zentraler Ziele geleistet und wichtige Entwicklungen vorangebracht, deren konsequente und kontinuierliche Weiterverfolgung erforderlich ist.

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

10. **Aufsetzen eines Klimaschutz-Sofortprogramms um nationale und internationale Klimaziele zu erreichen**

Beschreibung:
Ein umfassendes Klimaschutzsofortprogramm zur Einhaltung der gesetzlich verankerten Klimaschutzziele muss vorgelegt werden, um die menschliche Gesundheit in Deutschland vor Klimafolgen zu schützen. Vorausschauender und nachhaltiger gesundheitlicher Hitzeschutz beginnt mit der langfristigen Eindämmung der Klimakrise. Deutschland ist verfassungsrechtlich und durch internationale Abkommen verpflichtet, das Klima und damit die Menschen zu schützen. Deutschland befindet sich jedoch noch nicht auf Kurs. Für einen gesundheitsförderlichen und sozial gerechten Klimaschutz sind entschlossene Maßnahmen notwendig. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommt und ein gesundheitsförderliches, langfristiges und sozial gerechtes Klimaschutzprogramm vorlegt.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. **Sektorenübergreifende Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz**

Beschreibung:
Gesundheitlicher Hitzeschutz betrifft nicht nur den Gesundheits- und Pflegesektor, sondern viele Bereiche des täglichen Lebens – von der Kita über die Schule und den Arbeitsplatz bis hin zum Sportverein. Deshalb ist es notwendig, den Hitzeschutzplan für Gesundheit des Bundesministeriums für Gesundheit https://www.bundesgesundheitsministerium.de /fileadmin/Dateien/3_Downloads/H/Hitzeschutzplan/BMG_Hitzeschutzplan.pdf zu einer ebenen- und sektorenübergreifenden Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz

weiterzuentwickeln. Auch der gesetzliche Regelungsrahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz muss sektorenübergreifend bewertet und kohärent angepasst werden.

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

12. **Gesundheitsfördernde Gebäude und Städteplanung**

Beschreibung:
Gebäude sollten energieeffizient und emissionsarm sein und durch gute Belüftung, natürliches Licht, thermischen Komfort und klimagerechte Merkmale, die Hitzestress und Umweltverschmutzung reduzieren, die Gesundheit unterstützen.
Die Aktivierung und Wiederverwendung leerstehender Gebäude reduziert die Zersiedelung und Emissionen und schafft gleichzeitig Wohnraum, Dienstleistungen und Gemeinschaftsräume, die das soziale Wohlergehen und gesündere Nachbarschaften fördern.
Die Erhaltung offener und grüner Korridore ermöglicht die Luftzirkulation, verbessert die Luftqualität, reduziert die städtische Hitze und senkt die Gesundheitsrisiken während Hitzewellen.
Zirkuläre und resiliente Planung reduziert den Ressourcenverbrauch und Abfall.

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]

13. **Kommunalen Hitzeschutz durch Bundesmittel stärken**

Beschreibung:
Die Entwicklung, Umsetzung und Anpassung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit muss als verbindlicher Teil der Klimaanpassungskonzepte als kommunale Aufgabe gesetzlich verankert werden. Damit kommunale Hitzeaktionspläne wirkungsvoll umgesetzt werden können, bedarf es der finanziellen und personellen Unterstützung der Kommunen durch die Länder und den Bund sowie umsetzungsorientierter Vernetzungs- und Beratungsangebote. Der öffentliche Gesundheitsdienst kann hierbei als Knotenpunkt und steuernde Einheit wirken

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2063 (Vorgang) [alle RV hierzu]
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2669 Nr. 1 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Betroffenes geltendes Recht:
HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

14. **Nationale Pharmastrategie**

Beschreibung:
Das strategische Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums soll ergänzt werden um klare Klima- und Nachhaltigkeitsziele speziell für die Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

15. **Novellierung der Approbationsordnung für Ärzt:innen, Apotheker:innen etc.**

Beschreibung:
In den zu novellierenden Approbationsordnungen für Ärzt:innen, Apotheker:innen, Psychotherapeut:innen und Zahnärzt:innen sollen Nachhaltigkeitsthemen und Planetary Health als Querschnittsthemen in allen relevanten Fachbereichen integriert und damit langfristig in der Ausbildung von Mediziner:innen und Therapeut:innen verankert werden

Betroffenes geltendes Recht:
ÄApprO 2002 [alle RV hierzu]; AAppO [alle RV hierzu]; PsychThApprO [alle RV hierzu]; ZApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

16. **Umsetzung EU-Kommunalabwasserrichtlinie**

Beschreibung:
Bei der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht soll einer erweiterten Herstellerverantwortung Rechnung getragen werden. Die Ausgestaltung der Herstellerbeiträge soll gestaffelt nach Gefährlichkeit/Substituierbarkeit erfolgen; zudem soll eine Mitfinanzierung für essenzielle/generische Arzneimittel umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
AbwAG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arzneimittel [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

17. **Hitzeschutz finanziell absichern und gerecht gestalten**

Beschreibung:
Hitzeschutz muss finanziell abgesichert sein, damit Kommunen und Einrichtungen wirksame Maßnahmen umsetzen können. Deshalb sollte das Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" des Umweltministeriums unbedingt fortgesetzt werden. Außerdem sollten Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Rehakliniken, Medizinische Versorgungszentren und andere Gesundheitseinrichtungen mit den finanziellen Mitteln für investive Hitzeschutzmaßnahmen ausgestattet werden. Dem Mehraufwand von Gesundheits- und sozialen Einrichtungen bei der Umsetzung von Hitzeschutz sollte in Zukunft Rechnung getragen werden. Ökologische Nachhaltigkeit ist daher als übergreifendes Ziel im Sozialrecht zu verankern. Des weiteren sollte allen Kommunen
ausreichende Finanzierung für Hitzeschutz bereitgestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Mitgliedsbeiträge

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.